Ä20 Solidarität und Sicherheit auf Basis des Völkerrechts: Für Frieden in Israel und Gaza

Antragsteller*in: Hendrik Pröhl (KV Bremen Links der Weser (LdW))

Änderungsantrag zu LA1

Von Zeile 89 bis 97:
~~Friedrich Merz hat angekündigt, dass Deutschland keine Rüstungsgüter mehr nach Israel liefern wird, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten. Während diese Entscheidung nachvollziehbare Gründe hat und im Grundsatz von uns unterstützt wird, bleibt eine trennscharfe Abgrenzung der Rüstungsgüter schwierig und muss im Kontext der Bedrohung Israels durch eine Vielzahl an Akteuren in der Region und der Bedeutung der Verteidigungsfähigkeit abgewogen werden. Diese Akteure umfassen neben der Hamas auch den Iran, die Hisbollah im Libanon und Syrien sowie die Huthi im Jemen. Die Verteidigungsfähigkeit Israels darf von einer Einschränkung der Waffenlieferungen nicht beeinträchtigt werden.~~

Friedrich Merz hat angekündigt, dass Deutschland keine Rüstungsgüter mehr nach Israel liefern wird, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten. Wir befürworten diese Entscheidung. Israel wird durch eine Vielzahl an Akteuren in der Region bedroht: Neben der Hamas sind dies auch der Iran, die Hisbollah im Libanon und Syrien sowie die Huthi im Jemen. Die Verteidigungsfähigkeit Israels muss daher bei Überlegungen in Bezug auf Waffenlieferungen ebenso berücksichtigt werden wie der Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza, welche aktuell unmittelbar gefährdet ist. Spätestens in den letzten Monaten hat sich gezeigt, dass immer mehr Waffen für Israel nicht zu mehr Sicherheit führen, sondern zu einer weiteren Eskalation. Trotz anhaltender Appelle kommt es immer wieder zu Völkerrechtsverstößen in Gaza. Ein Exportstopp für Waffen, die in Gaza eingesetzt werden können, ist daher angemessen und geboten.

Begründung

Erfolgt mündlich